

Satzung für Bürgerbeteiligung angemahnt

Stadtteilgemeinden bieten sich an als überparteiliche Mittler zwischen Bürger und Politik

Die Arbeitsgemeinschaft der Stadtteilgemeinden macht einen neuen Vorschlag, um die Einrichtung von Ortsbeiräten in der Innenstadt doch noch zu verhindern.

von Till Conrad

Marburg. Axel Koch ist richtig sauer: „Uns schwillt der Kamm, wenn wir sehen, wie die Koalition mit dem Ergebnis der Bürgerbefragung umgeht“, sagt Koch, Mitglied im Vorstand der Südstadtgemeinde und der Arbeitsgemeinschaft der Stadtteilgemeinden.

Gemeint ist die Absicht der Koalition, trotz knapper Mehrheit in der Innenstadt in einzelnen Stadtteilen – nämlich dort, wo es Mehrheiten für Ortsbeiräte gab – diese Gremien einzurichten und möglichst schon im März wählen zu lassen.

Pit Metz, Vorsitzender der Ortenberggemeinde, geht mit seiner Kritik sogar noch weiter: Er erinnert an die Haltung der SPD vor der Bürgerbefragung im Frühjahr. SPD-Fraktionschef Steffen Rink hatte damals formuliert: „Wenn, dann müssen Ortsbeiräte für die gesamte Kernstadt eingerichtet werden. Weiße Flecken darf es nicht geben.“ Von dieser Haltung hat sich die SPD inzwischen entfernt.

Die Arbeitsgemeinschaft der Stadtteilgemeinden unterstützt, so sagt es etwa Hans-Jochim Wölk von der Hansenhäusergemeinde, die Idee der Koalition, mehr Bürgerbeteiligung in Marburg zu fördern. „Nur hat



Die Bebauung der „Alten Gärtnerei“ am Ortenberg gehört zu den Projekten, denen nach Ansicht der Stadtteilgemeinden mehr und frühzeitigere Bürgerbeteiligung gut getan hätte. Foto: Thorsten Richter

Bürgerbeteiligung nichts mit der Einrichtung eines weiteren Organs zu tun, das von Parteilisten demontiert wird“, formuliert Wieland Stötzl, Vorsitzender der Richtsberggemeinde und in Personalunion auch Vorsitzender der CDU-Fraktion im Stadtparlament. Er erinnert an den regelmäßigen Parteienstreit im Ortsbeirat Richtsberg, den SPD-Ortsvorsteherin Erika Lotz-Halilovic und CDU-Mann

Heinz Stoffregen gern austragen, und schlussfolgert: „Alles, was der Ortsbeirat Richtsberg angefangen hat, hätte die Richtsberggemeinde auch gekonnt – und meist besser.“

Das Fazit der Arbeitsgemeinschaft: Sie appelliert an das Parlament, die Diskussion um eine Beteiligungssatzung etwa nach dem Gießener Vorbild voranzutreiben und die Einrichtung von weiteren Ortsbeiräten

solange zurückzustellen. „Wir wollen, dass im Vorfeld von Entscheidungen Bürger wirklich mitreden können“, formuliert Metz. Konkreter: vor Bauprojekten die Bürgerinnen und Bürger hören und nicht erst dann, wenn Bebauungspläne existieren.

Natürlich gebe es im Vorfeld informelle Kontakte zwischen Stadtverwaltung und Bürgern, aber „wir Stadtteilgemeinden

wären in der Lage, aus informellen Kontakten institutionalisierte Kontakte zu machen“, sagt Metz. Die Stadtteilgemeinden würden, so Südstadtgemeinden-Vorsitzender Klaus Gärtner, gerne Mittler sein zwischen Politik und Verwaltung einerseits und dem Bürger andererseits. „Wir haben die Verankerung, und wir arbeiten strikt überparteilich. Und ohne beides geht es nicht“, ergänzt Wölk.



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER!

von Ruth Korte

Mit dem Wetter kann man es bekanntermaßen niemandem Recht machen. Kaum hat sich das Sturmtief „Zeljko“ in Deutschland ausgetobt und sich die Luft um ein paar Grad abgekühlt, beschwören die, die sich, wohlgermerkt vor ein paar Tagen, noch über die Hitze beschwert haben, schon einen „Gruselsommer“ herauf.

Nun mal langsam. Auch wenn wir uns den Ferienbeginn sicherlich alle ein bisschen sonniger vorgestellt haben – der Sommer ist noch nicht vorbei! „Jetzt ist Sommer! Egal, ob man schwitzt oder friert: Sommer ist, was in deinem Kopf passiert“, heißt es in einem Lied der „Wise Guys“, das so herrlich zu dieser Sommerpause passt. Jedenfalls werde ich, bis die Sonne wieder öfter scheint und die Temperaturen steigen, das Regenwetter gemütlich mit einem guten Buch auf dem Sofa genießen und mich darüber freuen, dass ich meine Balkonblumen nicht gießen muss.

Lassen Sie sich Ihre (Sommer-)Laune nicht verderben!

POLIZEI

Verkehrszeichen umgestellt

Marburg. Die Polizei ermittelt derzeit gegen zwei 19 und 20 Jahre alte Männer, die am Sonntag gegen 6 Uhr an der Baustelle am Rudolphsplatz Verkehrszeichen umgestellt und dadurch teilweise die Fahrbahn blockiert haben sollen. Eine Polizeistreife stellte nach einem Zeugenhinweis die Personalien der beiden alkoholisierten Männer fest. Zeugen, die sich bisher noch nicht gemeldet haben, setzen sich bitte mit der Polizeistation Marburg in Verbindung.

Exhibitionist am botanischen Garten

Marburg. Am Sonntagabend gegen 20 Uhr entblößte sich ein Unbekannter in der Karl-von-Frisch-Straße in Höhe der Bushaltestelle vor einer jungen Frau. Der mutmaßliche Exhibitionist ist zirka 25 Jahre alt, 1,75 Meter groß, schlank, hat kurze, schwarze Haare und einen dunklen Teint. Bekleidet war er mit einem blauen T-Shirt. Zeugenhinweise nimmt die Kripo Marburg entgegen.

Bewohnerin vertreibt Einbrecher

Marbach. Über eine Böschung gelangte ein Unbekannter am Freitag zwischen 1.10 und 1.30 Uhr an ein Wohnhaus in der Emil-von-Behring-Straße. Der Einbrecher kletterte auf die Terrasse im ersten Stock und machte sich an einem Rollläden zu schaffen. Als eine Bewohnerin auf sich aufmerksam machte, suchte der Unbekannte das Weite. Hinweise bitte an die Kripo Marburg.

Diebe stehlen Fahrräder

Marburg. Am Mittwoch, 22. Juli, nach 19 Uhr griff ein Dieb an der „Call-a-Bike-Station“ am Marburger Hauptbahnhof zu. Er stahl ein offenes nicht ausreichend gesichertes wohl eben erst zurückgebrachtes weiß-rotes Citybike. Bereits einige Tage zuvor, am Samstag, 18. Juli, stahl ein Unbekannter im Wehrdaer Weg ein blau-silbernes Stevens X 3Lady im Wert von rund 500 Euro. Das Damenrad stand im Keller eines Mehrfamilienhauses. Das teilte die Polizei mit.

Hinweise zu allen Fällen an die Polizei Marburg, Telefon 0 64 21 / 40 60.

Helfer versorgen Flüchtlings-Camp mit W-Lan

Organisation Pro Asyl lobt Engagement in der Universitätsstadt: „Absolut kein Regelfall in Deutschland“

Die Flüchtlinge im Erstaufnahme-Camp in Cappel können ab sofort kostenlos das Internet nutzen. Ein Marburger Verein hat mit Hilfe der Stadtwerke auf dem Areal mehrere W-Lan-Stationen aufgebaut.

Fortsetzung von Seite 1 von Björn Wisker

Marburg. Drei voneinander unabhängige Sendemasten liefern nach Angaben des Vereins Rechenkraft ab sofort nahezu auf der gesamten Campfläche Internet. Tests der Computer-Fachleute zeigten pro Sendemast einen sogenannten Downlink (Daten aus dem Internet herunterladen) von 1,4 MBit und einen Uplink (Daten hochladen) von 7,5 MBit.

„Die Flüchtlinge haben nicht selten nach ihrer Ankunft keine Möglichkeit, Angehörigen oder Freunden in ihrer Heimat überhaupt Kenntnis davon zu geben, dass sie es ‚geschafft‘ haben oder überhaupt noch leben“, sagt Michael Weber, Vorsitzender des mehr als 80 Mitglieder zählenden Vereins Rechenkraft. Oft existiere bei den Flüchtlingen kein Mobiltelefon und wenn, dann funktioniere dies in Deutschland nicht immer.

Es sei gerade in Bezug auf die Sprachprobleme „wichtig, dass die Menschen Informationen in ihrer Sprache und aus ihrer Heimat erhalten können“. Dies gehe am besten per Internet. Drei Router der Stadtwerke greifen auf ein bestehendes Richtfunknetz zu. Zudem gibt es jetzt

noch vier Rechner – zwei für Ehrenamtliche, zwei für Flüchtlinge –, die an das Glasfasernetz angeschlossen sind, erläutert Pascal Barthel, Stadtwerksprecher auf OP-Anfrage.

„Diejenigen, die hier ankommen sollten aus unserer Sicht mit offenen Armen empfangen werden. Es sind potentiell unsere zukünftigen Mitbürger und Nachbarn. Daher ist es selbstverständlich, dass alles getan wird, damit es den Menschen,

die hier ankommen, an nichts fehlt und sie uns in guter Erinnerung behalten. Nur so kann Integration funktionieren“, sagt Weber, der für die Piratenpartei in der Stadtverordnetenversammlung arbeitet.

Feuerwehr stellt nach Sturm Zäune wieder auf

„Das ist ein total begrüßenswerter Schritt, weil es nicht nur die Kontaktaufnahme zu An-

gehörigen ermöglicht, sondern auch die Integration fördert“, sagt Tobias Klaus, Sprecher der Organisation Pro Asyl. Ein Internetzugang, wie er in Marburg geschaffen worden sei, „leider absolut nicht der Regelfall in Deutschland“, dabei könne „Neuankömmlingen gerade das bei der Orientierung in der neuen Heimat helfen“. Ohne W-Lan gelinge es kaum „überhaupt an alle nötigen Infos wie Hilfsangebote oder Sprachkurse zu gelan-

gen“, sagt Klaus. Indes musste am Samstag die Feuerwehr – die auch bei der Aufstellung der W-Lan-Stationen half – ausrücken. Aufgrund des Sturms fielen am Camp die Zäune um. Damit der Wind hindurchblasen konnte, wurden die im Zaun eingebauten Sichtschutz entfernt, wie Vize-Wehrführer Andreas Brauer auf OP-Anfrage sagt.

ILLEGALE NUTZUNG

Kommunen in Deutschland sind mit der Einrichtung für Internetzugänge für Flüchtlinge zurückhaltend. Grund ist das Telemediengesetz. In diesem ist die sogenannte Störerhaftung geregelt, welche den Anschlussinhaber dafür verantwortlich macht, wenn ein Nutzer den bereitgestellten Internetanschluss für illegale Aktivitäten nutzt – etwa Musik oder Filme bei Online-Tauschbörsen herunterlädt. Die Konsequenz in Form von Abmahnungen und Schadenersatz-Forderungen trägt dann nicht der Nutzer, sondern der Anbieter des entsprechenden Hotspots.

Jedoch gibt es technische Tricks, wie das Haftungsrisiko vom Anbieter minimiert werden kann: Das Übertragungssignal kann etwa erst an einen der großen Internetprovider wie die Telekom geleitet werden, da diese von der Störerhaftung befreit sind. „Das haben wir alles geklärt, solche Haftungsfragen stellen sich auch für uns nicht“, sagt Pascal Barthel, Stadtwerksprecher auf OP-Anfrage. Bei Verstößen wäre der Nutzer, über die IP-Adresse, zu belangen.



Mehrere freiwillige Helfer bringen an einem Mast nahe des Zeltcamps für Flüchtlinge W-Lan-Sendestationen an. Privatfoto